



Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, freilich Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugs monatlich 1,76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 30 bei der Oberamtspoststelle Neuenburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Südbayern & Co., Wildbad; Hofbräuerei Gmündenerbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über dem Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamzeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontoforderungen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschreibung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 66, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Curtius über die Behandlung der Deutschen durch die Polen

Genf, 21. Januar. Im Völkerbund haben heute vormittag in öffentlicher Sitzung die Verhandlungen über die deutschen Beschwerden bezüglich der Polengrenze während der Wahlzeit in Polnisch-Oberschlesien unter großem Andrang des Publikums und der Presse begonnen. Dr. Curtius führte aus:

Die deutsche Regierung war sich der Tragweite ihres Schritts bewußt, als sie zum erstenmal von sich aus den Rat um Schutz einer Minderheit anrief. Wenn sie nicht die Beschwerde der Minderheit abgewartet hat, so lag der Grund in der überragenden Bedeutung und dem besonderen Charakter der Vorkommnisse, die sich im November v. J. in Oberschlesien und auch in Posen und Pommerellen abgespielt haben. So oft auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten geküßt hat, alles wurde doch übertriffen durch das Maß der Leiden, die die deutsche Bevölkerung in Polen während der Wahlzeit über sich hergehen lassen mußten. Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschen herbeiführen zu können. Ich dränge mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundsrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache ausgenommen hat, gemäß seinen Garantiepfllichten für die Durchführung der Minderheitenrechte sorgte. So sehr es uns darauf ankommt, die Garantiepfllichten des Völkerbunds wirksamer zu gestalten, so wenig denken wir daran, zu leugnen, daß uns mit den Deutschen, die jetzt reinseitig der Grenze unter fremder Souveränität leben, ein starkes, inneres Band verknüpft. Daher die ungeheure Erregung der Öffentlichkeit in Deutschland. In den polnischen Darlegungen sehe ich nicht ein einziges Argument, das diesen Standpunkt erschüttern könnte. Die deutsche Regierung hatte nicht erwartet, schon 8 Wochen nach den feierlichen Erklärungen in diesem Saale über die wirksamste Garantie des Minderheitenschutzes sich zu einem so außergewöhnlichen Schritte entschließen und die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf Dinge richten zu müssen, die in krassem Gegensatz zu den von der Gesamtheit der Völkerbundsmächte niedergelegten Grundätzen stehen. Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundsrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort ihrer Rechte unwiderrbringlich verloren gehen wird. Der traurige Katalog der Gewalttaten der Minderheitenbeschwerden zeigt, daß von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerstörung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwang jedes Mittel angewandt worden ist, um die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben. Die hauptsächlichsten Fälle dieser Gewalttaten sind durch die ganze deutsche und zum Teil durch die internationale Presse gegangen und von ausländischen Berichterstattern an Ort und Stelle bekräftigt worden.

Dr. Curtius weist auf einige besonders krasse Fälle unter Duldung der polnischen Polizei und Behörde hin, und fährt fort:

Was die Vorfälle in Oberschlesien zu einer Einheit verbindet, was ihnen ein ganz besonderes Gepräge gibt, ist die Tatsache, daß sie von einem einheitlichen, geschlossenen Willen getragen waren, der sich gegen das deutsche Volk richtete. Frappant ist die Tatsache, daß die Terroraktion sich wochenlang in aller Öffentlichkeit abspielen konnte, ohne daß der oberste politische verantwortliche Beamte des Gebietes, der Wojwode, einschritt, obwohl er mehrfach, ebenso wie der Innenminister, von der Minderheit um Einschreiten gebeten wurde.

Besonders charakterisiert wird aber die ganze Schwere der Sachlage durch das planmäßige Vorgehen gewisser Verbände. Mit allem Ernst muß ich hierbei auf den polnischen „Ausländischen-Verband“ hinweisen. Dieser Verband, der mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, ist eine halb militärische Organisation. Sie untersteht nach § 68 ihrer Satzungen in militärischen Angelegenheiten den Militärbehörden und stammt noch aus der Zeit der polnischen Aufstände in Oberschlesien. Sein militärischer Charakter ergibt sich daraus, daß er ständig Waffenübungen und Manöver abhält, daß seine Mitglieder die Befugnis haben, besondere Uniform zu tragen und einen Eid leisten müssen und dergleichen mehr. Mögen im übrigen die Satzungen des Verbandes sein, welche sie wollen, er würde uns nicht in dem Maße interessieren, wenn nicht der enge Zusammenhang mit den staatlichen Behörden bestände. Der Ausländischen-Verband findet nicht nur Unterstützung durch die unteren lokalen Verwaltungsbehörden, er wird vielmehr auch begünstigt und gefördert. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Wojwode von Oberschlesien.

Die polnische Regierung bestreitet nicht, daß die Angehörigen der deutschen Minderheit im Wahlkampf unter der Tätigkeit des Ausländischen-Verbandes zu leiden

Tagespiegel

Der Herr Reichspräsident empfing am Mittwoch Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Das Reichskabinett hat am Mittwoch über die Offhilfegehe eine Beratung abgehalten. In einer Besprechung am Vorabend wurde von Vertretern verschiedener Wirtschaftskreise angeregt, die finanziellen Hilfsmassnahmen auch der Industrie, dem Handwerk und dem Handel zugute kommen zu lassen.

Von verschiedenen Seiten wird gemeldet, Dr. Curtius habe mit Briand über eine französische Goldanleihe an Deutschland gesprochen. Es soll sich um einen Betrag von zwei Milliarden oder mehr handeln. — Die Nachricht ist amtlich nicht bestätigt, sie gewinnt aber an Wahrscheinlichkeit, daß der Betrag des Reichs trotz der Noverordnungen vom Reichsfinanzministerium auf eine Milliarde Mark angegeben wurde. Daß eine solche Anleihe für Deutschland von sehr erster politischer Bedeutung wäre, bedarf keiner Begründung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags genehmigte mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten die von der Reichsregierung vorgeschlagene Subvention für die Weiterführung des Mansfelder Kupferbergbaus. Auf Antrag der Nationalsozialisten wurden auch 570 000 Mark für den Siegerländer Erzbergbau in den Haushaltplan eingestellt.

An der oberschlesischen Grenze haben polnische Truppen eine neue Grenzverletzung begangen. Bei einer Infanterieübung dicht an der Grenzlinie gingen etwa 20 Mann auf das deutsche Gebiet hinüber und hielten sich dort längere Zeit auf.

Halbamtlich wird die Meldung von einer Erhöhung des Beamtennotopfers, von der viel gesprochen wird, für unbegründet erklärt. — Auch der Genfer Bericht, daß Dr. Curtius mit Briand über eine deutsche Anleihe gesprochen habe, wird als unrichtig bezeichnet.

Der Einwanderungsausschuß des Abgeordnetenhauses in Washington hat in erster Lesung die Gesetzesvorlage des Staatssekretärs Stimson, wonach die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten um 90 v. H. eingeschränkt werden soll, angenommen. Die entscheidende Abstimmung findet am Donnerstag statt.

haben. Sie behauptet nur, die Aktivität des Verbandes habe sich lediglich gegen die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ gerichtet, deren Loyalität bestritten wird. Die „Deutsche Wahlgemeinschaft“ ist die innenpolitische Organisation der deutschen Minderheit, soweit sie sich nicht zu den Sozialisten bekennt. Zu kulturellen und Rechtsschutzwecken ist die Minderheit im „Deutschen Volksbund“ organisiert. Es ist unbegründlich, daß die Organisationen der Deutschen in Oberschlesien immer wieder dem Vorwurf der „Moralität“ ausgesetzt sind. Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 27. November nachgewiesen, daß man die Deutschen mit den verwerflichsten Mitteln verhindern wollte, ihre Führer ins polnische Parlament hineinzuwählen. Die polnische Regierung gibt selbst zu, daß gegen 5000 Streikungen von deutschen Wählern vorgekommen sind.

Der Rat darf sich auch nicht durch die polnische Ausschlußbeeinflussung lassen, daß es „der deutschen Minderheit nicht schlechter ergangen sei als anderen Gruppen der Opposition“. Wenn sich die aufsehenerregenden Nachrichten über die auch in der Ukraine verübten Gewalttaten bestätigen, so wird sich der Rat auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen. Auf keinen Fall aber kann mit dem Hinweis auf die Behandlung anderer Minoritäten das Vorgehen gegen die Deutschen in Oberschlesien entschuldigt werden. Die Deutschen in Oberschlesien haben ihre besonderen verbrieften Rechte, die nicht willkürlich durch eine allgemeine Herabdrückung des Niveaus der Rechtsordnung beeinträchtigt werden dürfen. Es ist jetzt hier allein zu unteruchen, ob diese Rechte verletzt sind.

In Posen sind vor den Wahlen zwöif in der Wahl-agitation führende Deutsche verhaftet und zum Teil wochenlang in Haft gehalten. Im Wahlbezirk Rauden wurde die gesamte deutsche Liste infolge willkürlicher Beanstandungen vollwertiger Unterschriften für ungültig erklärt, was den Ausfall von etwa 30 000 Stimmen bewirkte; in demselben Wahlkreis wurde die Wahlberechtigung von Tausenden von Minderheitsangehörigen mit der Begründung beanstandet, sie besäßen nicht die polnische Staatsangehörigkeit. In der ganzen Wojwodschaf Pommerellen wurde der deutschen Minderheit die Veranstaltung einer ordnungsmäßigen Wahlpropaganda unmöglich gemacht.

Die polnische Regierung hat behauptet, daß alle die traurigen Vorkommnisse mehr oder weniger auf „deutsche Schuld“ zurückzuführen seien. Aber Deutschland denkt nicht daran, seine Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen. Wenn der polnischen Regierung daran

liegt, einen Vergleich zwischen der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zu ziehen, so kann mir dies nur erwünscht sein. Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik in Deutschland, insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens etwas anderes verdient, als wegen irgendwelcher Einzelforkommnisse verdächtigt zu werden. In Deutschland genießt die polnische Presse völlig uneingeschränkte Freiheit und die polnische Minderheit kann sich in ihren Vereinen und mannigfachen Veranstaltungen völlig ungehindert bewegen. Warum hat denn die polnische Regierung nicht einfach einen Vergleich zwischen Deutsch-Oberschlesien und Polnisch-Oberschlesien gezogen? Gewiß, ganz reibungslos geht es auch in Deutsch-Oberschlesien nicht zu, aber Vorkommnisse ersten Charakters sind doch recht seltene Einzelfälle. Worauf es hier ankommt, ist, daß die verantwortlichen Behörden, besonders der oberste politische Leiter des Gebiets, schärfstens gegen jeden Uebergriff einschreiten.

Die polnische Regierung hat in ihrer Gegenbemerkung die Maßnahmen mitgeteilt, die sie wegen der Vorkommnisse in Oberschlesien getroffen hat. Der Rat wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gut zu machen. Dafür aber, daß diese Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt wird, muß der Rat nach Lage der Sache denkbare Sicherheiten treffen. Aber auch wenn so für die Vergangenheit Sühne geschaffen ist, darf der Völkerbundsrat es dabei nicht bewenden lassen. Wir haben auch dafür Vorsoqe zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen. Der Völkerbundsrat wird sich mit dem Aufständischenverband und seinen Beziehungen zu amtlichen Stellen eingehend befassen müssen. Wenn nicht die schuldigen Beamten, ohne Ansehen der Person, rücksichtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht in der Verwaltung die personelle Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitensatzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziel zu den vom Völkerbund proklamierten Grundsätzen des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz steht, so besteht die Gefahr weiter, daß die Minderheiten immer wieder der Rechts- und Schullosigkeit ausgeliefert bleiben.

Der polnische Außenminister Jaleski antwortete, die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Polen und der deutschen Minderheit sei auf die bekannte Rede des Reichsministers Treviranus zurückzuführen. (1) Das Verlangen in Deutschland auf Rückgabe Oberschlesiens habe in Polen eine steigende Erregung geschaffen. Die deutsche Minderheit in Oberschlesien müsse jetzt vor ihren eigenen Beschützern geschützt werden. (2) Die polnische Regierung bestreite nicht, daß unzulässige Vorfälle vorgekommen seien, aber sie seien überwiegend von ganz geringer Bedeutung und aus der erregten Wahlstimmung zu erklären. Die polnische Regierung habe bereits Strafverfahren gegen die Schuldigen eröffnet.

Neue Nachrichten

Dienststrafverfahren gegen thüringische Pfarree

Berlin, 21. Jan. Der thüringische Landeskirchenrat hat, wie der Lokalanzeiger aus Weimar berichtet, gegen die Pfarrer Dr. Emil Fuchs-Eisenach, Robert Apolda, Kleinschmidt-Eisenach und v. Juchen-Möhrenbach ein Dienststrafverfahren eröffnet. Die Genannten werden beschuldigt, gegen die Verfügung des Landeskirchenrats vom 20. August 1930 verstoßen zu haben, wonach den Geistlichen der thüringischen evangelischen Kirche jede aktive politische Tätigkeit untersagt ist. Die vier Pfarrer, die sozialdemokratisch organisiert sind, haben während des Reichstagswahlkampfes Reden für die Sozialdemokraten gehalten, auch, nachdem die betreffende Verfügung bereits erlassen war.

Urteil in einem politischen Prozeß

Wittenberge, 21. Jan. Das Erweiterte Wittenberger Schöffengericht sprach heute das Urteil gegen fünf Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeiter-Turn- und Sportvereins in Perleberg, die in der Nacht zum 28. Dezember den Nationalsozialisten Tapezierer Wiedtrud überfallen und schwer mißhandelt hatten. Die Brüder Prill erhielten je 6 Monate, die Angeklagten Bortel und Kubie je 4 Monate und der Maurerlehrling Schulz 2 Monate Gefängnis. Außerdem haben die Verurteilten Wiedtrud 1000 Mark Schadensersatz zu zahlen. Der Antrag auf Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

Boucheurs internationaler Wirtschaftsplan

Paris, 21. Jan. Dem „Echo de Paris“ zufolge wird Boucheur der Wirtschaftsabteilung des Europaausschusses

Bei Husten Carmol-Katarrh-Pastillen



Geiß einen Man unterschreiben, der folgende Punkte enthält: 1. Maßnahmen, um die Getreideernte 1930, soweit sie noch nicht verkauft ist, unterzubringen; 2. in Zukunft sollen die Erzeugnisse der Ackerbau treibenden Staaten im Rahmen bestimmter Kontingente zu einem ermäßigten Zollsatz eingeführt werden können. Eine durch besondere Abgaben zu speisende Ausgleichskasse soll den Landwirten behilflich sein, über schwere Jahre hinwegzukommen. 3. Organisierung einer internationalen Bank für Landwirtschaftskredite, die die Kapitalien den Landwirtschaftsbanken in den einzelnen Ländern zuführen sollen, unter Vereinfachung der Hypothekengesetzgebung, damit die Zinsen für landwirtschaftliche Kredite, namentlich in Osteuropa, sinken. Diese Landwirtschaftskreditbank soll in Basel bei der Tributbank gegründet werden und im übrigen unmittelbar mit den Landwirtschaftsbanken der einzelnen Länder in Verbindung treten.

Ausweisung ausländischer Börsenspekulanten aus Frankreich

Paris, 21. Januar. Der französische Innenminister hat auf Vorschlag des Polizeipräfekten von Paris die Ausweisung zweier Ausländer aus Frankreich verfügt, und zwar des Leo Goldschmidt aus Italien und des Wilhelm Falkenberg aus Russland, die für Rechnung einer Spekulantengruppe in Deutschland und Holland an der Pariser Wertpapierbörse Manöver ausgeführt hatten.

Pratt über zukünftige Kriege

Washington, 21. Jan. Auf der Jahrestagung der Vereinigung zur Prüfung der Kriegursachen und Verhütung künftiger Kriege hielt der Chef der amerikanischen Marine, Admiral Pratt, einen Vortrag. Kriege seien auch künftig unvermeidlich. Pratt stimmte Prof. Shotwells Bestimmung des „Angriffers“ zu: im Sinne des Kelloggpatentes ist derjenige Staat als „Angriffe“ zu verstehen, der sich weigert, den Streifzug dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die in London mit England vereinbarte Gleichheit der Kriegsstellen bezeichnet Pratt als begründet auf der Ueberzeugung, daß beide Mächte nie gegeneinander kämpfen würden, daß sie im Gegenteil in künftigen Kriegen gemeinsam auftreten müßten, sei es aktiv, wenn die Neutralität egoistisch oder unberechtigt wäre, oder wenn die westliche Kultur auf dem Spiele stehen sollte, sei es als gemeinsame neutrale Front zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Totalisierung von Kriegsverfällen. Das Londoner Abkommen habe beiden Seemächten eine gemeinsame Herrschaft zur See gegeben und sie werde in einem eventuellen Kriege — und zwar hoffentlich als neutrale Gewalt — zum „Sieg der Gerechtigkeit“ benützt werden. (Etwa wie 1914 bzw. 1917?) Zur Frage der „Freiheit der Meere“ erklärte Pratt, der Standpunkt des Neutralen, der die Freiheit der Meere verlange, um am Kriege zu verdienen, sei „egoistisch und unhaltbar“. Viel humaner sei gegebenenfalls eine volle Blockade, um dem Norden ein rasches Ende zu machen. Amerika habe in der Vergangenheit selbst Rechte der Neutralen verletzt, beispielsweise bei der Havannablockade im spanischen Krieg und im Jahr 1917, als es holländische Schiffe im Hudson beschlagnahmte, nachdem es vorher für sich weltgehende neutrale Rechte verlangt hatte. Erwägenwert sei, so führte Pratt aus, die Organisierung der Belieferung der Zivilbevölkerung der kriegführenden Staaten mit Lebensmitteln aus neutralen Ländern unter Ausschluß jedes geschäftlichen Gewinns.

Der Film „1914“

Im Lauenzien-Filmpalast in Berlin wurde am 20. Januar der mit Spannung erwartete Film von Richard Oswald „1914“, „Gegen die Kriegsschuldfrage“, „Die letzten Tage vor dem Weltbrand“ zum ersten Mal vorgeführt. Der Film machte einen tiefen Eindruck und wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der Film zeigt streng geschichtlich, wie die Völker nach einem Wort Lloyd Georges in den Weltkrieg „hineingestolpert“ sind. Er beginnt mit der Mordtat von Sarajewo und endet mit der auf höhere Weisung erfolgten Ermordung des französischen Abgeordneten Prof. Jaurès in Paris, der bekanntlich entschieden gegen die französische Kriegspolitik auftrat und gedroht hatte, er werde die Wachenkosten der Poincaré, Millerand und Konsorten schonungslos in der Kammer ans Tageslicht bringen. In der Hauptsache spielt der Film in Berlin, Petersburg, Wien, Paris, London und Belgrad und hat seinen Schwerpunkt in den Petersburger Szenen. Er zeigt, wie der Widerstand des Baron Nikolai II. gegen den Krieg von dem im Bund mit Poincaré arbeitenden russischen Außenminister Sazonow überlistet und durch den kriegslüsternden Großfürsten Nikolai

gebrochen wurde. Auf der andern Seite wird die Unfähigkeit des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg ins Licht gerückt. Der Film schließt mit dem Befehnsinhalt des sterbenden Jaurès zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung.

Das Lawinenunglück an der Benediktenwand

Ueber das schwere Lawinenunglück an der Benediktenwand am Dienstag nachmittag wird noch berichtet:

Auf der Probsteinalm, die der bayerischen Landespolizei gehört, finden gegenwärtig Schneeschuh-Übungen der Landespolizei unter Leitung eines erfahrenen Skilehrers aus Tölz statt. Während einer solchen Übung am Steilhang zwischen dem Ofgrat und den Achselköpfen unter Führung des Oberleutnants Remold löste sich um 3.15 Uhr plötzlich eine Schneelawine von ungewöhnlichem Ausmaß 150 Meter tief und 60 Meter breit, und riß neun Mann mit in die Tiefe. Der Kantinenwirt der Landespolizei hütte beobachtete mit einigen zurückgebliebenen Mannschaften das Unglück; ein Mann eilte auf Schneeschuhen zur 20 Minuten entfernten Tulpinger Hütte, um durch den Fernsprecher Hilfe zu erbitten. Sofort machten sich von Bad Tölz, Lenggring, Penzberg und Benediktbeuren Hilfsmannschaften auf den Weg. Von München gingen einige Lastkraftwagen mit einer Kolonne Landespolizei unter Leitung von zwei Offizieren und einem Arzt ab. Über der Auffahrt zur Unfallstelle war ungemein schwierig, weil die Wege vereist sind und Regen mit Schneefall einsetzte.

Mittlerweile hatten die vier von der Lawine verschonten Landespolizisten einen der Verschütteten, wie verlautet, Oberleutnant Remold ausgegraben. Um 7.30 Uhr abends traf als erste die Rettungskolonnen von Benediktbeuren ein. Man arbeitete bei dem Licht von Scheinwerfern und Fackeln. Die Lawine lagerte über drei Meter hoch über den Bergunglückten. Das Suchen war vergebens. Als nach und nach die andern Rettungskolonnen eintrafen, zog man durch die ungeheuren Schneemassen Gräben, um auf diese Weise die Verschütteten auszulösen.

Um 10 Uhr abends wurde wieder ein Schwerverletzter ausgegraben. Trotz größter Mühe schritt bei den schwierigen Verhältnissen die Rettungsarbeit, an der nun etwa 180 Mann beteiligt waren, nur langsam vor. Erst in der Zeit zwischen 1 und 5 Uhr morgens wurden die noch fehlenden sieben Mann als Leichen geborgen und nach Lenggring übergeführt. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus Benediktbeuren verbracht.

Die Hilfeleistung der Rettungskolonnen, die die ganze Nacht hindurch unermüdet arbeiteten, verdient um so mehr Bewunderung, wenn man bedenkt, daß sie zu dem gefährlichen, fortwährend durch Lawinen bedrohten Aufstieg allein zum Teil drei Stunden und mehr benötigten.

Der Schwerverletzte ist der Wachmeister Böse aus München; sein Zustand ist sehr ernst. Bei den Toten waren, mit Ausnahme eines Beinbruchs bei einem Mann, keine äußeren Verletzungen erkennbar, sie sind alle erstift. Die Todesopfer werden in München beerdigt. Die Schneemassen, unter denen die Bergunglückten begraben lagen, waren zum Teil fünf Meter tief. Vor dem Tod wurde ein Landespolizist bewahrt, der auf der Hütte zurückgeblieben mußte, da seine Hölse zerrissen war; ebenso entging auch ein Leutnant dem Tode, der noch einmal umgekehrt war, um seinen Photographenapparat zu holen. Die Rettungsarbeiten wurden durch den Umstand erschwert, daß auf der Landespolizei hütte weder Schaufeln noch Pickel vorhanden waren.

Württemberg

Stuttgart, 21. Januar.

Umbau der Bildehinger Steige bei Horb. Abg. Winter hat im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: „Die Bildehinger Steige bei Horb, im Volkstum die „Todessteige“ genannt, sollte so rasch als möglich umgebaut werden, um die großen Gefahren für den Verkehr zu beseitigen. Die Stadtgemeinde Horb hat das ihrige hierzu getan, indem sie das Röllsche Anwesen erworben hat. Es liegt nun beim Staat, mit dem Straßenumbau endlich zu beginnen. Da in der Stadt eine größere Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, so könnten diese Arbeitskräfte beim Straßenbau verwendet werden. Ich frage das Staatsministerium, ob es bereit ist, die Arbeiten an der Bildehinger Steige noch in diesem Frühjahr vornehmen zu lassen?“

Baugeldzuteilung. Am 16. Januar wurde vom Württ. Sparfassen- und Giroverband die vierte Baugeldzuteilung vorgenommen. Zugeteilt wurden an weitere 25 Bauparer 178 000 RM. Die kleinste zugeteilte Vertragssumme ist 2000 Reichsmark, die höchste 20 000 RM. Insgesamt sind nun seit der Geschäftseröffnung am 1. November 1929 an 80 Bauparer 507 000 RM. zu 4 v. H. verteilt worden.

Steuerliche Milderung für Wohnungsneubauten. Eine heutzutage vielfach in Erscheinung tretende Tatsache ist es, daß eine große Anzahl derjenigen, die in den letzten Jahren Wohnungsneubauten mit höheren Baukosten als den gegenwärtigen erstellten, infolge der Wirtschaftsnote und Senkung der Mieten den Zins für die erhaltenen Baulandkredite nicht leicht aufbringen können. Da außerdem die in Württemberg auf 5 Jahre bemessene Gebäudesteuerfreiheit allmählich in Wegfall kommt, erwächst eine weitere Belastung. Mit Rücksicht darauf, daß in den meisten Staaten Deutschlands eine mehr als fünfjährige Steuerfreiheit gewährt wird (z. B. Bayern 10 Jahre) und bekanntlich auch durch die Rotverordnung des Reichspräsidenten für alle vom 1. April 1931 bis 31. März 1934 bezugsfertig werdenden Wohngebäude eine siebenjährige Befreiung von der Gebäudesteuer eintritt, hat der Verein für Wohnungsneubau Friedrichshafen beschlossen, an den Württ. Landtag ein Gesuch mit der Bitte zu richten, auch in Württemberg für alle in den Jahren 1924 bis 1930 zur Erstellung gekommenen Wohngebäude die Steuerfreiheit zu verlängern.

Auszeichnung von Hausgehilfinnen. Die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg hat das Ehrenzeichen für langjährige treue Dienste 44 Hausgehilfinnen mit 10jähriger Dienstzeit, 16 Hausgehilfinnen mit 25jähriger Dienstzeit und 1 Hausgehilfin mit 50jähriger Dienstzeit verliehen.

Feuerbestattungsstatistik. Nach der Statistik des Deutschen Städtetags haben im Jahr 1930 in den deutschen Krematorien 53 203 Einäscherungen stattgefunden, davon 28 291 Männer, 23 613 Frauen und 1299 Kinder. In demselben Jahre wurden 10 Krematorien neu eröffnet. Am 31. Dezember 1930 waren in Deutschland 104 Krematorien vorhanden. In Stuttgart wurden im Jahre 1930 die Leichen von 1034 erwachsenen Personen und 16 Kindern feuerbestattet gegenüber 2208 bzw. 645 Erdbestattungen.

Starke Ueberfüllung im Vermessungsbeamtenberuf. Seit einigen Jahren hat der Landesverein mittel. Vermessungsbeamten vor dem Eintritt in den Vermessungsbeamtenberuf gewarnt. Nachdem allein in den Jahren 1928—1930 wiederum 210 Lehrlinge (jährlich werden höchstens 25 benötigt) in die Berufsausbildung eingetreten sind und mit einem natürlichen Abgang bei dem sehr jungen Berufsstand in den nächsten 25 Jahren nur in einzelnen Fällen gerechnet werden darf, ist der Bedarf an Vermessungsbeamten für längere Zeit mehr als vollständig gedeckt. Der Landesverein mittlerer Vermessungsbeamten sah sich deshalb neuerdings veranlaßt, zum Zwecke der Einschränkung des Zugangs zum Vermessungsbeamtenberufe den Behörden geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Er möchte aber auch aus wohlmeinenden Gründen öffentlich von dem Eintritt in diese Laufbahn, welche auf Jahre hinaus überfüllt ist, und daher keine Existenzmöglichkeit bietet, wiederholt dringend abraten.

Amtsvergehen. Wegen Amtsunterschlagung und Amtsniederlassung hatte sich vor dem erweiterten Stuttgarter Schöffengericht der 50 Jahre alte Postamtsvorstand Ernst Bauer von Stuttgart zu verantworten, der in der Zeit vom Februar bis August 1930 insgesamt 1200 Mark unterschlagen hatte. Er lieferte in 35 Fällen das Geld für Rajensenbungen, die unfrankiert beim Postamt 5 in Stuttgart dem Vorstand abgeliefert wurden, nicht ab und vernichtete die Anmeldungen, die von den Aufgebern der Sendungen abgegeben wurden. Bauer wurde zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Mord und Selbstmord. In einem Haus der Forststraße hat gestern abend der im 4. Stock in kinderloser Ehe lebende

Tab mifa Nr. 9 Nervenleiden

Nr. 9 für Gicht, Rheuma, Krämpfe, Adrenalkrankheit, Leber-, Nieren-, Kopfschmerzen, Energielosigkeit, Blutzirkulation

Nr. 1 für Zuckerkrankheit
 Nr. 2a für Schlaflosigkeit
 Nr. 3a für Magen- und Spinalnerven
 Nr. 4 für Nervenleiden
 Nr. 5 für Lungenleiden
 Nr. 6 für Steinleiden
 Nr. 7a für Blutharmat u. Bluthaus
 Nr. 8 für Magen- u. Darmkatarrh
 Nr. 10 für Stuhlgang
 Nr. 11 für Fettlöslichkeit

Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)

Die Mutter

Roman von Lola Stein.

16. Fortsetzung. **Reddruck verboten.**

Ellen holte war errötet. „Ich höre Ushis Stimme,“ sagte sie und erhob sich. „Da sind die Kinder.“

Sie stürmten ins Zimmer. Hede hing am Halbe des Vaters und küßte ihn.

„Nun, Hede, was sagst du?“ sagte Herr Remstedt zu seiner Tochter.

„Vollendeten Tassachen gegenüber soll man nichts sagen,“ meinte die junge Frau. Als sie das glückliche Brautpaar gesehen hatte, hatte sie ihre Bedenken in sich unterdrückt. Mit Ushi war ja doch nichts zu machen, wenn sie sich etwas in ihr Köpfchen gefestigt hatte.

„Und du Heuchlerein hast um die Sache gewußt und mir alles verheimlicht,“ sagte der Vater zu seiner Zweiten, der blonden, hübschen Alice, die mit ihrem jungen Manne, dem Rechtsanwalt Doktor Klöpfer, ebenfalls auf dem Bahnhof gewesen war.

„Ich mußte doch schweigen, da Ushi es wünschte,“ verteidigte sie sich. „Vor einem Jahre hat sie mir geholfen, jetzt mußte ich mich revanchieren.“

„Daß wir uns in so nahe Verwandtschaftlichen Verhältnis wiedersehen würden, gnädige Frau, hätten wir beide auch nicht vor vierzehn Tagen gedacht, als Sie zum Tee mit Udo bei uns waren,“ sagte Hede zu Ellen.

Ellen lächelte und ließ sich mit dem Ehepaar bekannt machen.

Die drei Schwestern standen dann einen Augenblick zusammen, tuschelten miteinander. Schlank, hübsch, blond, waren sie alle drei. Aber die Jüngste, die kleine Ushi, die Reizvollste, die Knutigste, die Aparteste unter ihnen.

Der Vater winkte sie mit den Augen an seine Seite. Ellen stand jetzt zwischen den beiden älteren Schwestern und plauderte mit ihnen.

„Ushi,“ sagte Fritz Remstedt leise, „ich bin ganz entzückt von deiner Schwiegermutter. Ich wollte zuerst nicht glauben, daß sie Udos Mutter ist.“

„Ich auch nicht,“ lachte das junge Mädchen.

„Aber du hast mir kein Wort davon gesagt, wie hübsch, wie jung, bezaubernd sie ist. Du bist ja zu beneiden um diese Mutter, Ushi!“

„Meinst du wirklich, Papachen? Ich weiß nicht so recht.“

„Aber Kind, dieser Charme, diese Schönheit ist doch wundervoll.“

„Mir wäre weniger Charme, weniger Schönheit gerade an meiner Schwiegermutter lieber,“ gestand sie leise. Der Vater schüttelte verwundert den Kopf. Er konnte sein Töchterchen wieder einmal nicht begreifen.

Therese erschien in der Tür und bat zu Tisch.

Fritz Remstedt reichte Ellen Holst den Arm. Das Brautpaar folgte. Das junge Ehepaar nahm Hede in die Mitte. So betrat sie das Speisezimmer, gingen an den silber- und blumengeschmückten, festlich gedeckten Tisch und stießen auf das Wohl der Verlobten an.

VIII.

Ellen Holst räumte mit ihrer Aufwartefrau das Schlafzimmer des jungen Paares ein. Die Möbel waren gestern gekommen, breite Betten aus hellem, geflammtem Birkenholz, ein großer Ankleideschrank, ein Waschtisch, Stühle und eine zierliche Friseurtoilette. Die Läden, eleganten Sachen mit den lila Seidensteppdecken, den Mullgardinen an den Fenstern wirkten eigenartig in ihrer Wohnung, die noch mit den Möbeln eingerichtet war, die sie vor siebenund-

zwanzig Jahren, als sie sich verheiratet, von ihren Eltern bekommen hatte, und die ihr heute recht verwirrt, recht altmodisch und zum Teil ein wenig geschmacklos erschienen.

Neues hatte sie niemals anschaffen können, sie war immer froh gewesen, wenn sie die alten Sachen einigermaßen erhielt. Nur Bücher und Bilder hatte Udo sich gekauft.

Nun waren mit den Schlafzimmermöbeln auch Ushis Bilder und Bücher gekommen, einige große Seidentissen, eine schöne Felddecke für Udos Arbeitszimmer, die an Stelle der schon recht fadenscheinig gewordenen Decke auf dem Diwan lag.

Speise- und Herrenzimmer, Küche und Korridor Möbel sollten angeschafft werden, wenn das junge Paar eine eigene Wohnung bekam. Ein neues Schlafzimmer aber wollte Ushi gleich haben.

„Es ist doch schwer für Sie, aus Ihrem schönen hellen Zimmer so einfach auszugleichen und es den jungen Leuten zu überlassen, gnädige Frau,“ meinte die Aufwartefrau, die schon seit einer Reihe von Jahren zu Ellen kam. Eigentlich kann so 'ne junge Frau das doch nicht von Ihnen verlangen.“

„Aber es geht doch nicht anders, Frau Behmann,“ sagte Ellen. „Und eben so gut, wie mein Sohn hier die ganzen Jahre geschlafen hat, kann ich es doch auch.“

Sie standen in dem schmalen Kämmerchen, das eigentlich als Mädchenzimmer gedacht war, in dem Udos Bett und sein Schrank standen. Gewaschen und angezogen hatte er sich im Badezimmer geschlafen. Als er größer wurde, richtete Ellen ihm dies Zimmerchen ein. Sie hatte es bis zu jene Zeit als Kammer für alles mögliche benützt. Dann wurde es Udos kleines Reich und jetzt das ihre.

Kaufmann Siesel seine Frau und dann sich selbst erschossen. Dem Vernehmen nach soll es zwischen dem Ehepaar, das wirtschaftliche Not nicht drückte, öfters Streitigkeiten gegeben haben, und man nimmt an, daß die blutige Tat nach einem solchen Streit erfolgt ist.

Die Flucht aus dem Leben. In Cannstatt in der Ruhrstraße erschoss eine alleinstehende Dame, die zu Schwermut neigte, ihr zwölfjähriges Kind, ihren Hund und sich selbst. — Ein junger Student in der Kornbergstraße, der von einem Ehrengericht bestraft worden war, nahm sich die Sache so sehr zu Herzen, daß er seinem Leben ein Ende machte.

Reichsbanner und deutsche Frauenehre. Der „Nationalsozialistische Kurier“ teilte am 16. Januar in einem Bericht über eine Versammlung des Reichsbanners Schwarzrotgold in Ludwigsburg mit, der Redner Gebhardt aus Magdeburg habe in der Versammlung Äußerungen über die Rassenfrage und die deutschen Frauen getan, die zu lebhaftem Widerspruch Anlaß gaben. So habe er behauptet: Die Rassenfrage sei ein Bißbrot. Keine Frau wisse, wer schließlich der Vater ihrer Kinder sei. Jeder habe seinen Streifschuß weg, und viele von einem Juden usw. Und diesen Ausführungen habe Prof. Dr. Bauer-Ludwigsburg, Mitglied des Zentrums und des Reichsbanners, zugestimmt.

Gebhardt bestreitet nunmehr, die Äußerungen getan zu haben; er habe nur nachweisen wollen, daß Hitler und Ludendorff nicht reinblütig seien. Prof. Bauer erklärt öffentlich, daß er mit den Ausführungen Gebhardts nicht übereinstimme, daß ihm vielmehr dessen Entgleisungen höchst peinlich gewesen seien.

Aus dem Lande

Heilbronn, 21. Jan. Todesfall. Im Alter von 73 Jahren ist der Mitinhaber der Fa. Gustav Fuchs, Eisen- und Stahlhandlung, Albert Fuchs, gestorben. Der Verstorbene war ein begeisterter Bergsteiger und Mitbegründer der Sektion Heilbronn des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins. Wegen schlechter Geschäftserhältnisse hat sich auf dem Friedhof ein hiesiger Fuhrunternehmer erschossen.

Vom Redarlanal durchschick. Die Vergabung der Kanal-Durchschickarbeiten fand am Montag bei der Redar-A.G. in Stuttgart statt. Unser 36 Angebote wurden 2 Firmen in die engere Wahl gezogen; ihre Angebote sollen sich bei etwa 4 Millionen Mark bewegen. Im übrigen liegen die Angebote zwischen 3,4 und 5 Millionen Mark. Es wird zur Bedingung gemacht, keine Nachforderungen zu erheben. Die endgültige Entscheidung wird noch einige Tage anstehen. Das billigste Angebot mit etwa 3,4 Millionen Mark soll die Heilbronner Firma Koch u. Raper gemacht haben.

Tiefenbach OÄ. Redarlanal, 21. Jan. Taschendiebstahl. Beim Heilbronner Viehmarkt am 14. Januar wurden dem Landwirt Valentin Hamberger 840 Mark mit der Brieftasche aus der Kofftasche gestohlen.

Badnang, 21. Jan. Zeitungs-Jubiläum. Die in Badnang erscheinende Amtszeitung „Der Murrtaube“ erscheint in diesem Jahr im 100. Jahrgang. Das Blatt befindet sich seit vielen Jahren im Besitz der Familie Stroh.

Gmünd, 21. Jan. Ueber 3000 Arbeitslose. Das neue Jahr hat eine weitere Steigerung der Arbeitslosen im Bereich des Arbeitsamts Gmünd, das die Oberämter Gmünd, Schorndorf, Welzheim und Gaisdorf umfaßt, gebracht. 3246 Menschen sind arbeitslos, 1812 beziehen Kurzarbeiterunterstützung und 110 sind als Notstandsarbeiter untergebracht. In der Edelmetallindustrie konnten entlassene Arbeiter wieder zurückgerufen werden.

Der Gemeinderat beschloß, die Bezüge der Gemeinderäte um 20 v. H. zu kürzen. Die Zahl der Gemeinderäte wird nach der neuen Gemeindeordnung von 28 auf 24 vermindert.

Höhere Fachschule für Edelmetallindustrie. Die Höhere Fachschule für Edelmetallindustrie Schym. Gmünd wird im laufenden Winterhalbjahr von 175 Schülern, darunter 21 Schülerinnen, besucht. Aus Württemberg sind 144 Schüler, aus den übrigen deutschen Bundesstaaten 25 und zwar aus Preußen 14, Bayern 3, Sachsen und Baden je 2, Thüringen, Bremen, Hamburg und Saargebiet je 1 Schüler. Vom Ausland stammen 6 Schüler, und zwar aus Deutschösterreich 2, dem Freistaat Danzig, der Schweiz, Schweden und Norwegen je 1 Schüler.

Die billige Theaterstadt. Aus dem Jahresbericht der Theatergemeinde Gmünd geht hervor, daß unsere Stadt eine der billigsten Spielstädte bei der württembergischen Volksbühne ist. Die Preise können deshalb so niedrig gehalten werden, weil die Zahl der festen Abonnenten im letzten Jahr weiter gestiegen ist. Das vergangene Spieljahr zählte 247 Mitglieder, während für das Jahr 1931 266 feste Theaterbesucher angemeldet sind. Außerdem verfügt die Theatergemeinde Gmünd über einen großen Stamm von nichtabonnierten Freunden, die besonders bei den neu eingeführten Opern- und Operettenaufführungen durch die Stadttheater Ulm und Heilbronn sehr zahlreich waren.

Craibshausen, 21. Jan. Das Jagstbüdengegend gerammt. In der Nacht auf Montag fuhr ein auswärtiges Auto auf der Jagstbrücke gegen das Gelände. Das Gelände wurde in einigen Metern Länge zertrümmert. Außerdem wurde einer der zuhausegebliebenen Geländepfosten mit einem Stück des Steinfundaments losgerissen. Das Auto, das anscheinend nicht allzustark beschädigt wurde, ist unerkannt entkommen.

Seilingen, OÄ. Tutzingen, 21. Jan. Einbruch im Rathaus. Nachts wurde in das hiesige Schul- und Rathaus eingebrochen. Die Einbrecher haben sämtliche Türen aufgebrochen. Auch an dem Kassenschrant der Darlehenskasse machten sie einen Versuch, jedoch ohne Erfolg. Den Einbrechern ist man auf der Spur.

Donsdorf OÄ. Geislingen, 21. Jan. Grippeepidemie. Die Grippe greift bedenklich um sich. Im Markt-Gebiet selbst, besonders in den Fabriken und Schulen, präzt sich die Krankheit in größeren Zahlen aus. In den umliegenden Dörfern wie Renningen, Degenfeld, Reichenbach u. A. und Wizingen sind viele Kranke. In Wizingen soll fast kein Haus ohne Grippekranken sein.

Ulm, 21. Jan. Die Handelskammer Ulm lehnte einen Vorschlag ab, die acht württ. Handelskammern in eine zusammenzufassen. Dagegen sprach die Kammer für Zusammenlegung von Oberämtern aus. Der wirtschaftliche Schaden der betreffenden Städte durch Verlust ihrer Bezirksbehörden werde überschätzt.

Lebensrettung. Von Glück sagen konnte ein Knecht aus Wiblingen, der am Samstag nacht sinnlos betrunken zwischen der Allerbrücke und Wiblingen in den Straßen gruben fiel und sich nicht mehr erheben konnte. Er schielte ein

und wurde sicher ertrunken. Wenn nicht früh um 3 Uhr der mit Schnee bedeckte Körper dem Fahrer eines vorbeifahrenden Omnibus der Firma König aufgefallen wäre. Die drei Insassen bemühten sich um den Mann, der bereits vollständig steif gefroren und blau war und verbrachten ihn in die nahe gelegene Werkstätte zur „Allerbrücke“. Nach langen Bemühungen gelang es, den Mann ins Leben zurückzurufen.

Bernstadt OÄ. Ulm, 21. Jan. Erschöpft aufgefunden. Als gestern vormittag ein Landwirt mit seinem Fuhrwerk zur Stadt fahren wollte, sah er ein Mädchen auf der Straße liegen. Die erschöpfte Person war ein stillesuchendes Dienstmädchen aus der Heidenheimer Gegend, das vor Schwäche niedergesunken war.

Heidenheim, 21. Jan. Fabrikbesichtigung. Am Montag besichtigten 42 katholische Krankenschwestern, Binnentinerinnen und Franziskanerinnen auf Einladung die Hartmannsche Verbandsstoff-Fabrik, die älteste und größte Firma Deutschlands in dieser Branche.

Berfetten OÄ. Heidenheim, 21. Jan. Verkehrsstörungen. Während am Sonntag der 10-Uhr-Zug am Bahnübergang in Waldhausen den Kampf gegen die Schneeverwehungen ausgeben mußte, hat der Montag morgen 8.30 hier eingetroffene Zug nur Lokomotive und Packwagen geführt. Die Personenwagen sind auf der Strecke bei Sulststadt steckengeblieben. Seit Montag morgen ist zwischen Berfetten und Heidenheim eine Schlittenerbindung zu den Abfahrzeiten der Postautos eingerichtet.

Ebnat, OÄ. Aeresheim, 21. Januar. Fuchstreijagden. Erbringer Franz Joseph von Thurn und Taxis hat seit einiger Zeit im nahen taxischen Hof Diepertsbuch Quartier genommen zwecks Abhaltung von Treibjagden auf Füchse in den umliegenden taxischen Revieren.

Rißfließen OÄ. Ehingen, 21. Jan. Jugendlicherebensretter. Der 10 Jahre alte Georg Stüde, Sohn des Franz Stüde, hat am letzten Dienstag den 9. J. alten Joseph Gaismaier mit eigener Lebensgefahr aus dem Mühleweiher, auf dem er sich zu weit auf schwaches Eis gewagt hatte, vom Tod des Ertrinkens gerettet. Im vorigen Jahr hat dieser mutige Junge das vierjährige Söhnchen des Jägers Johann Ehrhardt aus einem Eisloch im gleichen Weiher herausgezogen.

Waldsee, 21. Jan. Mißgeburt. Ein Farnfalsch mit fünf Füßen und einem Ziegenschwanz kann zur Zeit bei Landwirt W. Brauchle in Neuhaus bei Wolfegg in Augenschein genommen werden.

Leutkirch, 21. Jan. Brand. Nachmittags brannte die freistehende Scheuer von Joseph Reich zum „Röble“ in Seibranz vollständig nieder. Der Besitzer wurde erst vor einigen Jahren von größerem Brandunglück heimgeführt.

Von der bayerischen Grenze, 21. Jan. Man muß sich nur zu helfen wissen. — Brand. Ein Geflügelhalter in einem schwäbisch-bayerischen Dorf kam auf den Gedanken, den Lippenstift bei seinen alten Hühnern, deren vertrocknete Kämme das hohe Lebensalter verrieten, anzuwenden. Der Schläuberger färbte mit Hilfe des Lippenstiftes seiner Tochter die Kämme in ein lebhaftes Rot, und siehe da, im Handumdrehen fanden sich auf dem Markt Liebhaber für die bisher verächtlichen Hühner. — In Deubach bei Schenhausen ist am Sonntagabend das aus Scheuer, Stall und Wohngebäude bestehende landw. Anwesen der Witwe Viktoria Wehmeyer, wahrscheinlich infolge Brandstiftung, vollständig abgebrannt. Nur das Vieh und weniges Mobiliar wurde gerettet.

Hohenheim, 21. Jan. Allerlei aus Hohenheim. Ein Student der Landwirtschaftlichen Hochschule, der Sohn eines Pfarrers aus der Pfalz, zeigte sich plötzlich so geistesgestört, daß er in seine Heimat gebracht werden mußte. — Nach dem Krieg studierten auch mehrere Verwandte des württembergischen Königs am Hofe der Landwirtschaftlichen Hochschule, desgleichen Mitglieder angesehener ausländischer Adelsfamilien, unter ihnen eine Prinzessin aus Georgien. In diesem W. Semester hatte sich, so berichtet der Silberbote, die Komtesse Honos (von der katholischen Linie in Ungarn) als Studentin einschreiben lassen, die nach deutscher Seite hin mit dem Fürsten Herbert von Bismarck nahe verwandt ist. In den Weihnachtsferien hat sie sich, mit einem Engländer verlobt, wird in Kürze nach Bales übersiedeln und das Studium mit dem Ehrentitel vertauschen. — Ein hiesiger Besitzer eines Landhauses hat vor kurzem eine Statistik über die Häuserplage aufgestellt. Eine seiner Raketen hat in den letzten drei Monaten ihren beiden Jungen allein 1080 Mäuse gebracht, das sind im Durchschnitt täglich 12 bis 15 Stück.

Heilbronn, 21. Jan. Schocken. Wie man hört, schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen der Postverwaltung und der Interessengemeinschaft der Kaufhäuser Schocken wegen des alten Redarpostamts, das im Fall erfolgreicher Verhandlungen zu einem Kaufhaus umgebaut werden soll. Wie man weiter hört, soll sich das Kaufhaus auch mit dem Gedanken des Erwerbs des Kauflichen Palais an der Kaiserstraße tragen.

Erlenbach OÄ. Redarlanal, 21. Jan. Ein Erlenbacher zum Bischof ernannt. Unser Landmann P. Berthold Bühl, O. J. M., Mitglied der bayer. Franziskanerprovinz, ist zum Apostol. Bischof von Chiquitos in Bolivien ernannt worden. Der neue Bischof ist geboren am 4. Oktober 1885 als Sohn der Weingärtnerseheleute Robert und Krezentia Bühl in Erlenbach.

Deffingen, OÄ. Heidenheim, 21. Januar. Schädliche Belohnung. Durch die starken Schneeverwehungen am Sonntag blieb unter anderem Autos auch das eines Herrn aus Oiegen an der Straße stehen. Es bemühten sich vier arbeitslose Männer, dem Auto wieder freie Bahn zu machen und bekamen, wie der „Brenztaube“ berichtet, als Belohnung 27 Pfennig.

Ravensburg, 21. Jan. Einbruch im Bahnhof Wochenwagen. In der Nacht auf Mittwoch ist in den Kassenraum des Bahnhof Wochenwagen eingebrochen worden. Die Täter öffneten die Schalterkasse und nahmen deren Inhalt von 11,35 M mit. Der Versuch, den Kassenschrant aufzubrechen oder mitzunehmen, mißlang ihnen. Drei Hebeisen, einen Kreuzspiegel und eine Haizart liehen sie am Tatort zurück. Auch der Güterschuppen und das Büro des Güterbedorers wurden ausgebrochen; dabei fielen den Tätern 3 M aus der Kasse des Güterbedorers in die Hände. Im Güterschuppen wurde eine Kiste aufgebrochen, außerdem wurde 1 Paket und eine Kanne Del gestohlen. Die Kriminalpolizei hat die Verfolgung aufgenommen.

Vom bayerischen Allgäu, 21. Januar. Zeitgemäße Warnung. — Brand. Das Bürgermeisteramt Immenstadt erläßt folgende Bekanntmachung: „Die Tatsache, daß hier eine große Zahl junger Ehepaare, zum Teil mit Kindern, in Untermiete

Wohn- und Bort unter Notstand zu leiden hat, veranlaßt uns, dringend davor zu warnen, daß Verlobte in so jugendlichem Alter und ohne sichere Aussicht auf Erhalt einer Wohnung heiraten. Wer trotz dieser Warnung heiratet, hat die sich ergebenden Schwierigkeiten, insbesondere in bezug auf die Ungünstigkeit der Unterbringung der Familie, selbst zu tragen. Das Wohnungsamt ist nicht in der Lage, solchen Ehepaaren vorzugsweise eine Wohnung zuzuwiesen. — Im Lagerhaus der Bayerischen Warenvermittlung in Kaufbeuren brach infolge Funkenflugs Feuer aus; 20 dort lagernde Torfmüllballen sind verbrannt.

Amliche Dienstnachrichten

In den Ruhestand versetzt: Bezirksnotar Drehm in Wildbad seinem Ansuchen gemäß.

Versetzt: Die Obersekretäre Kühle bei dem Amtsgericht Stuttgart I an das Justizministerium und Erwin Müller bei der Landesstrafanstalt Ludwigsburg an das Amtsgericht Stuttgart I je mit ihrem Einverständnis.

Übertragen: Eine Studienraute an der Realschule in Wildbad dem Studienrat Dr. Klemm an dem Realgymnasium und der Oberrealschule mit hiesigen Oberklassen in Biberach unter Beförderung in Bes.-Gr. 4.

Lokales.

Wildbad, den 22. Januar 1931.

Hauptversammlung des Begräbnisvereins Wildbad. Herr Stadtpfarrer Fischer als Vorsitzender eröffnete pünktlich 8 Uhr die von Mitgliedern beiderlei Geschlechts zahlreich besuchte Versammlung. Er führte aus, daß es für ihn stets ein erhebendes Gefühl sei, die lieben Mitglieder begrüßen zu dürfen; namentlich richte er seinen Gruß an die Frauen, die so zahlreich vertreten seien, mehr, wie in jedem anderen Verein. Es sei dies auch verständlich, wenn man den Zweck des Vereins beachte. Der Ausschuß hat im verfloffenen Geschäftsjahr nicht zusammen treten brauchen, ein Zeichen, daß der Verein vor Erschütterungen bewahrt blieb und die Vereinsstätigkeit in ruhigen Bahnen verlief. Die Mitglieder sind, mit wenigen Ausnahmen, ihren Verpflichtungen dem Verein gegenüber nachgekommen. Herr Oberlehrer Walz gab sodann einen Bericht über die Mitgliederbewegung und das Kassensystem. Zunächst verlas er die Namen der 39 Verstorbenen, zu deren Andenken sich die Anwesenden von ihren Sigen erhoben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 770 (im Vorjahr 781); der Jahresbeitrag betrug 750. In Einnahmen waren insgesamt zu verzeichnen 6459,40 Mark, Ausgaben 5754,80 Mark, Kassenbestand 704,60 Mark. Das Vermögen des Vereins beträgt 6410,53 Mark. Die Kasse wurde durch die Herren Hieber und Jos. Weber geprüft und für richtig befunden und dem Kassier hierfür Entlastung erteilt. Während der Kassenprüfung teilte Herr Stadtpfarrer Fischer mit, daß seit Bestehen des Vereins, also seit dem Jahre 1924, an Begräbnisgeld 26 649,50 Mark ausbezahlt wurden; mit welchen Schwierigkeiten hätte manche Familie zu kämpfen gehabt, wenn nicht der Begräbnisverein helfend eingegriffen wäre. Von den Kindern müsse erwartet werden, wenn sie in den Ehestand treten oder wenn die Eltern gestorben, daß sie dann in den Verein treten oder die Mitgliedschaft ihrer Eltern weiter führen. Auch noch manche aus den besser situierten Kreisen könnten durch ihren Beitritt den Verein stärken. Der Vorsitzende bat ferner diejenigen Mitglieder, die einer der beiden konfessionellen Sterbevorsorge angehören, dem Begräbnisverein deshalb nicht untreu zu werden. Es wurde sodann ein Schreiben der hiesigen Schreinerinnung verlesen, wonach die Kosten eines Sarges sich je nach Ausführung auf 40, 60, und 80 Mark und höher belaufen. Die Herstellung der Särge jährlich einem anderen Schreinermeister zu übertragen, läßt sich vorläufig noch nicht verwirklichen. Bei Punkt „Anträge“ wurde von Herrn Eugenhan der Antrag gestellt, das Sterbegeld von 120 auf 130 Mark zu erhöhen, es sei dies der Wunsch vieler Mitglieder. An der Aussprache beteiligten sich die Herren Direktor Brigelmann, Haag und Oberlehrer Walz. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für Beibehaltung des bisherigen Begräbnisgeldes von 120 Mark. Der Beitrag wurde ebenfalls auf 20 Pfennig bei Todesfall eines Erwachsenen, auf 10 Pfennig bei Todesfall eines Kindes belassen. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und Ausschusses per Akklamation. Er legt sich aus folgenden Herren zusammen: Stadtpfarrer Fischer Vorsitzender, Oberlehrer Walz Kassier, Beisitzer: Jauh, Schöber und Trippner; Unterassistentin Frau Schmid. Herr Stadtpfarrer Fischer nahm Veranlassung, den beiden meistbeschäftigten Personen im Verein, Herrn Oberlehrer Walz und Frau Schmid für ihre Mühe und Tätigkeit besonderen Dank auszusprechen. Der Vorkende konnte sodann, da die Verhandlungsfolge erschöpft war, sein Schlusswort sprechen. Auch im neuen Jahre würde Vorstand und Ausschuß sorgfältig und umsichtig walten. Mit dem Wunsche, daß keiner der Anwesenden in die Lage kommen möge, den Verein im kommenden Jahre benützen zu müssen und auf ein gesundes Wiedersehen im nächsten Jahr schloß der Vorsitzende die vorbildlich verlaufene Versammlung.

Öffentliche Versammlung der National-Soz.-Arbeiter-Partei. Innerhalb einer Woche 2 überfüllte Versammlungen der nationalen Oppotion, zeigt mit Deutlichkeit die politische Hochspannung auch in Wildbad an. Der Saal des Wildbader Hof war auch gestern abend, wie in der Versammlung des Alldeutschen Verband in der letzten Woche überfüllt. Der Ortsgruppenleiter der Calmbacher nat.-soz. Ortsgruppe Friedrich eröffnete um 8.30 Uhr die Versammlung und gab bekannt, daß der angemeldete Redner, Landtagsabgeordneter Köhler-Heidelberg aus unbekanntem Grunde nicht erschienen ist. An dessen Stelle, sprach ein Herr Maier-Heidelberg über das Thema „Fort mit der Hungerdiktatur: Neue Männer an die Macht!“ Waren die Besucher der Versammlung über das Nichterscheinen des angemeldeten Referenten zuerst lebhaft enttäuscht, so verfiel alsbald die Enttäuschung, als der in die Breche gestandene Redner die politische Lage schilderte. Er hatte recht, wenn er behauptete, ob ein Maier oder Schulze oder sonst ein von der Idee Adolfs Hitlers durchdrungener deutscher Mann, dieselbe Idee verkündet bleibt sich gleich, denn, wessen das Herz voll ist, läuft der Mund über“. In Worten, welche von leidenschaftlicher Liebe zum deutschen Volk getragen waren, führte er u. a. folgendes aus: „Der Geist Adolfs Hitlers hat mit dem Geiste des Marxismus und des Liberalismus nichts gemein. Nicht nach links und nicht nach rechts sondern geradeaus geht der Nationalsozialismus seinen Weg zur politischen Macht. Das angebliche Frontsoldatenkabinett Brüning hat dem Volk Arbeit und Brot versprochen, statt dessen hat es die Steuerfahne unaufhaltsam zugebreht und die Lasten der werktätigen Massen ins untragbare gesteigert. Die Sozialdemokratie hat vor der Wahl dieses Kabinetts Brüning infolge der Notverordnung aufs äußer-

ste bekämpft um nach der Wahl dieses Kabinetts Brüning zu stützen und die Notverordnungen zu ermöglichen. Der Grund dieser entgegengesetzten Handlung, ist die Angst vor dem unaufhaltsamen Vormarsch der Nationalsozialisten und die Angst vor der Brechung der Vormachtstellung der Sozialdemokraten in Preußen. Herr Dr. Curtius besitze das allergrößte Mißtrauen der Nationalsozialisten, denn ein Mann, welcher wohl vor einigen Monaten sich äußerte, daß die ausländischen Minderheiten geschützt werden müßten, ist nicht in der Lage, die Interessen der deutschen Minderheiten nachdrücklich zu vertreten. — Die Stimme des Volkes läßt sich nicht durch Notverordnungen, noch durch Verbot des Tragens von Braunhemden und durch Polizeigummiknüppel zum Schweigen bringen. Gegen das System der Uebermücherei nehmen wir Stellung, werden aber nie daran denken, dieses faule System, das den Todeskeim in sich trägt, durch Regierungsbeteiligung zu schützen und uns mit der Schuld der Erfüllungsparteien zu belasten. Wir sind es den sechsundeinhalb Millionen deutschen Wählern, welche sich zum Nationalsozialismus bekannten, schuldig, daß die Politik der deutschen Regierung grundlegend sich ändert. Wenn uns Nationalsozialisten der Vorwurf gemacht wird, wir wollen wieder die Monarchie, so sei gesagt, daß wir genau wissen, daß ein Zurückdrehen des Rades nicht möglich ist, trotzdem eine gute Monarchie besser ist, als diese Republik. (Bravorufe) — — — Wenn uns weiter vorgeworfen wird, daß wir wohl eine negative Kritik üben, aber nichts besser machen können, so sagen wir: Unter diesem System wollen wir keine positive Arbeit leisten. Jede Minute aber ist Adolf Hitler bereit, wenn dieses System stirbt, die Verantwortung zu übernehmen für das deutsche Volk, wenn dasselbe uns an die Verantwortung stellt. Daß wir nicht nur negative Arbeit üben können, sondern auch positive Arbeit, haben unsere Minister in Thüringen und Braunschweig bewiesen. Nicht Abbau des unteren Beamtenapparats haben die Minister Frick und Franzen vorgenommen, wie dies in Preußen, wo 10 000 Lehrer abgebaut werden sollen, geschehen wird, nein, Minister Frick hat mehrere Ministerialräte und Ministerialdirektoren abgebaut. Heraus mit den Parteibuchbeamten und die Beamte nach Leistung dorthin, wohin sie gehören. In welchem Freistaat des deutschen Reiches sind die niedersten Ministergehälter? In Braunschweig und Thüringen. Wer führte in diesen beiden Staaten den Religionsunterricht wieder ein? Die beiden nat.-soz. Minister Frick und Franzen. Trotzdem behaupten aber die Zentrums- und christlichen Volksdienstleute, wir Nationalsozialisten wären kirchenfeindlich. Wir sind für positives Christentum. Wir ehren den Priester im schwarzen Ehrenkleid, wir bekämpfen aber jene Politiker, welche aus der Kirche ein politisches Geschäft machen. — — — Während heute der Generaldirektor der Siemenswerke ein Jahresgehalt von 800 000 Mark, der Direktor derselben Werke ein solches von 350 000 Mark bezieht, wird der Arbeiter, welcher jahrelang einem Betrieb seine Arbeit geleistet hat auf die Straße gesetzt. Während die schwangere Frau zur Arbeit geht und den arbeitslosen Mann und die Familie ernähren muß, können wir nicht von sozialen Errungenschaften sprechen. Das ist die größte Kulturschande des 20. Jahrhunderts. (Stürmische Zustimmung). Aber für Banken und Börsen ist diese Wirtschaftslage Trumpf darum bekämpfen wir das unproduktive Kapital. Wir vernichten den Klassenkampf und wollen die Volksgemeinschaft aller Schaffenden, ob mit Stirn oder Faust, gegen die Raffenden. Die Geschichte der letzten 12 Jahre hat bewiesen, daß es keine internationale Sozialdemokratie gibt. —

Ich appelliere an die deutschen Mütter, den deutschen Mittelstand zu unterstützen und nicht die Hochfinanz. — — — Einen Krieg wollen wir nicht, aber einen wahren Frieden, denn der deutsche Frontsoldat Adolf Hitler, welcher heute noch unter der Gasvergiftung leidet, kennt die Schrecken des Krieges. Und diesem Adolf Hitler verweigert eine Regierung das Staatsbürgerrecht, trotzdem Dr. Hilferding Reichsfinanzminister war, ehe er deutscher Staatsbürger wurde. — Unser Kampf gilt nicht dem soz.-dem. Arbeiter, aber deren Führer. Heraus mit den Frauen aus den Betrieben ist unser Ruf. Gebt dem Ernährer Arbeit. — Wir wollen eine Wehrmacht, weil wir sie nicht zum Kriegsführen, aber zur Erlernung der Zucht und Ordnung brauchen. — Der Redner schloß seine Ausführungen, nachdem in der Diskussion außer dem hiesigen Stahlhelmführer niemand sich zum Wort meldete mit den Worten: „Wenn ihr kein Helotenvolk, sondern ein freies deutsches Volk werden wollt, dann kämpft mit uns unter dem Falkenkreuzbanner für Freiheit und Brot. Mit uns für das kommende dritte Reich Adolf Hitlers.“ Lebhafter Beifall belohnte, die in Kürze hier wiedergegebenen Ausführungen. Die Calmbacher St.-Abt., welche in Hitleruniform erschienen war, sang das Horst-Wesselied und beendete die überaus ruhig verlaufene Versammlung.

Handel und Verkehr

79 Milliarden Schulden

Das Statistische Reichsamt beziffert den Gesamtbetrag der am 30. September 1930 von der öffentlichen und privaten Wirtschaft geschuldeten Kreditbeträge auf 71,4 Milliarden RM.; davon entfallen 18,7 Milliarden auf den Umlauf an Schuldverschreibungen, 17,5 Milliarden auf kurzfristige Bankkredite, 4,6 Milliarden auf Hauszinsverhypotheken und 1,8 Milliarden auf die Schulden des Reichs bei der Renten- und Reichsbank, sowie Münzumlauf. Zu dem Gesamtbetrag sind als wichtigste Posten noch die Anlagen der Invalidenversicherung und der Volksbedeuer, die Kautionsbestände der Sparbanken sowie die Kredite der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften und der Kreditbanken, die keine Zwischenbilanzen aufstellen, hinzuzurechnen. Ende 1929 betragen die Kredite der nichtberücksichtigten Banken usw. rund 7,4 Milliarden RM. Gegenwärtig dürfte sich somit die Gesamtkreditschuld auf etwa 79 Milliarden belaufen. Im Vergleich mit den Vorjahren hat sich der Gesamtbetrag beträchtlich erhöht. Ende September 1928 erreichte die Summe der zusammengefaßten Kredite erst 55,1 Milliarden RM., bis zum 30. September 1929 erhöhte sie sich auf 64,3 Milliarden RM.

Bei der öffentlichen Wirtschaft hat sich die Kreditaufnahme im letzten Jahr um 11,3 v. H. bzw. 2993 Mill. RM. erhöht. Dagegen hat sich bei der privaten Wirtschaft der Kreditzugang von 6315 Mill. RM. auf 3394 Mill. RM., d. h. um 46,3 v. H. ermäßigt. Der wachsenden Verschuldung der öffentlichen Wirtschaft steht also eine relativ sinkende Verschuldung der Privatwirtschaft gegenüber.

Die Zunahme der Kredite ist an sich nicht ungünstig anzusehen, weil die Reduktion der Verschuldung, soweit sie sich auf das Inland beschränkt, eine erhöhte Spartätigkeit ist, d. h. weil den Schulden in gleich steigendem Umfang Forderungen gegenüber stehen. Maßgebend allein für die Beurteilung der Verschuldung ist die Verwendung der Kredite. Darüber aber gibt die statistische Erfassung keine Auskunft, abgesehen von der Feststellung der Zunahme öffentlicher und des Rückgangs privater Kredite, eine Feststellung, die allerdings nicht auf eine bessere Produktivität der Kredite hindeutet.

Berliner Dollarkurs, 21. Jan. 4,2045 G., 4,2125 B.
Dt. Wbl.-Knl. 51,50.
Dt. Wbl.-Knl. ohne Ausl. 4,80.
Berliner Geldmarkt, 21. Jan. Tagesgeld 4—6 v. H., Monatsgeld 6,25—7,5 v. H.
Privatdiskont: 4,625 v. H. kurz, 4,75 v. H. lang.
Eisbaue-Ausschuh an der Berliner Börse. Seit einiger Zeit nahm an der Berliner Börse der Unfug wieder überhand, daß gewissenlose Spekulanten unwahre Gerüchte verbreiteten, um den Kurs gewisser Papiere durch ungünstige Nachrichten zu stürzen oder andere in die Höhe zu treiben. Schon am 1. Dezember v. J. drohte der Börsenvorstand scharfe Maßnahmen an, doch hatten sie geringen Erfolg, da die Urheber gewöhnlich schwer zu fassen waren. Der Börsenvorstand hat nun beschlossen, einen besonderen Ausschuh einzusetzen, der die an der Börse auftretenden Gerüchte oder andere Zuwiderhandlungen gegen bestehende Bestimmungen sofort zu untersuchen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

Der Zusammenschluß in der Uhrenindustrie. Die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Schwenninger und der Schramberger Gruppen der Uhrenindustrie, die sich bereits über fünf Jahre hingezogen, sind, wie verlautet, so weit vorgeschritten, daß mit einem baldigen Abschluß gerechnet werden kann. In Betracht kommen die Firmen Junghans, Kienzle, Hamburg-Amerikanische, Mauthe, Freiburg und Haller.

Preisbericht der Deutschen Eisenborie e. V., Berlin S.W., für die Wochen vom 5. bis 17. Januar. Strohflachs: Infolge der allgemeinen Geschäftstillung sind Umsätze in Strohflachs nicht zur Kenntnis gekommen. — Röstflachs: (Erzgebirgsflachs), geringe bis mittlere Qualität 4—6,25, gute 7—7,50 M je Ztr. Galernflachs: Preise für Schwingsflachs: 1. Qualität 88 S, 2. Qualität 80 S je Kg, veredeltes Berg 40—41 M je Kg.

Markte

Heilbronn, 21. Januar. Schlachtviehmarkt. Zufuhr: 5 Bullen, 59 Jungrinder, 15 Kühe, 84 Kälber, 252 Schweine. Preise: Bullen 1. 40—42, Jungrinder 1. 48—50, 2. 43—45, Kühe 1. 27—30, 2. 22—24, Kälber 1. 63—66, 2. 60—62, 3. 51—57, Schweine 1. 54—56, 2. 52—54 M. Marktverlauf: sehr schleppend.

Wiehpreise. Ehningen: Ochsen 600—650, Kühe 400—500, Rinder 250—300, Kalbinnen 600—700. — Waldsee: Ochsen 520—560, Ferkel 180—350, Kühe 400—450, Kälber 420—500, Rinder 180 bis 250. — Weibstadt: Ochsen 650—710, Stiere 380—570, Kühe 250—610, Kälber 480—650, Einstellvieh 130—390 M.

Schweinepreise. Buchau a. J.: Milchschweine 17—21. — Ehningen a. D.: Ferkel 20—25, Mutterchweine 130—180. — Ehningen: Milchschweine 25—32, Läufer 43—55. — Waldsee: Milchschweine 18—25 M.

Fruchtpreise. Leutkirch: Weizen 14, Roggen 8,50, Gerste 11 bis 11,50, Haber 10. — Waldsee: Haber 7,50 M.

Zwangsvorsteigerung eines landwirtschaftlichen Anwesens. Das zur Zwangsvorsteigerung gekommene landwirtschaftliche Anwesen des verstorbenen Landwirts Ferdinand Maier in Ronnenbach M. Letztens, das etwa 25 Morgen groß ist, wurde dem Landwirt Gebh. Wölke in Hemigkofen zugeschlagen, der damit die Gebäulichkeiten, Fahrnis und einen Teil der Güter durch die Zwangsversteigerung erwarb. Die übrigen Güter wurden jeweils den Meistbietenden zugeteilt. Der Gesamterlös beziffert sich auf rund 35 000 M. bei einem Schätzungswert von 40 000 M. Es haben in diesem Fall besondere gesetzliche Bestimmungen die teilweise Verschlagung eines Holzguts begünstigt.

Wetter

Hochdruckgebiete befinden sich über Skandinavien und Frankreich, bei Island zeigt sich eine starke Depression. Für Freitag und Samstag ist immer noch mehrfach bedecktes, aber trockeneres Wetter zu erwarten.

Zwangsvorsteigerung.

Am Freitag den 23. Januar 1931, nachmittags 3 Uhr, kommen hier im Pfandlokal öffentlich gegen bar zur Versteigerung:

Ein Karton Kinderwäsche, Konfirmandenunterröcke, eine weiße Bluse, Sportstrümpfe und Herrenhemden.

Gerichtsvollzieher Lauber

Tab nysa Nr. 9 Nervenleiden
Nr. 9 für Gicht, Rheuma, Reiben, Aderverkalkung, Ischias, offene Wunden, Kopfschmerz, Energielosigkeit, Blatreinigung
Nr. 1 für Zahnerkrankungen
Nr. 2a für Schlaflosigkeit
Nr. 3a für Magen- und Spaltwässer
Nr. 4 für Nierenleiden
Nr. 5 für Lungenleiden
Nr. 6 für Steinleiden
Nr. 7a für Blutarmler u. Bleichsucht
Nr. 8 für Magen- u. Darmkatarrh
Nr. 10 für Stuhlregulierung
Nr. 11 für Fettleibigkeit

Waldflora
Kein Tee zum Kochen!

Anfängerunterricht üb. Waldflora kostenlos. I. Apoth. Drogerien u. Reformhäusern.
Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)

KK Kleinkaliber-Schützenabteilung des Krieger- und Militärvereins Wildbad.

Am Samstag den 24. Januar 1931, abends 8 Uhr, findet in der Rennbachbrauerei (Nebenzimmer) die

ordentliche Hauptversammlung

Statt. Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht,
2. Kassenbericht,
3. Neuwahlen,
4. Verschiedenes.

Anträge zur Hauptversammlung sind bis 22. Januar an den Vorstehenden zu richten.

Volzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Mehr Werbe-Drucksachen!

Mehr Verkaufserfolge!

Benützen Sie die letzten Tage des Juwelen-Ausverkaufs

Krüger & Wolff
Pforzheim

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen Ortsgruppe Wildbad

Am Sonntag den 25. Januar 1931, nachmittags 2 Uhr

General-Versammlung

im Gasthaus zum grünen Hof.

Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Vogelfutter

1a. Streufutter
Hanfsamen
Sonnenblumenkerne
Kariensaat
Rübsamen usw.

sehr billig!

Kanarienvogel-
Papageienfutter
Vogelfuttermehl

sowie billige Futtermischungen

zu haben:

Eberhard-Drogerie

Parterre-Räume

zu vermieten für Lager, Werkstätte, Büro usw. geeignet.

Karoline Bender & Söhne.

Schreibmaschinen

abst. Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Papierhandlung.

W.V.W.

Morgen Freitag nachmittag 4 Uhr Panoramahotel.

Eine

kleine

Anzeige

ist besser

als keine

Anzeige

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke A) beseitigt. Preis M. 2,75

Gegen **Sommersprossen** (Stärke B) Preis M. 2,75. **Eberhard-Drogerie.**

